

# Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **62 (1975)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

### CH: Gewerbe gegen Lehrlingsturnen

«Wenn je das Parlament einen voreiligen Beschluss (im Jahre 1972) gefasst hat, so war es jener betreffend das obligatorische Lehrlingsturnen», schreibt der Gewerbliche Informations- und Pressedienst (GIP). Der Zürcher Nationalrat Werner F. Leutenegger habe in der Debatte um das Massnahmenpaket zur Sanierung der Bundesfinanzen «richtigerweise» gesagt, man könnte mit der Abschaffung des Lehrlingsturnens viele Millionen Franken einsparen.

Niemand werde es einem Lehrling verwehren wollen, sich in Turnen und Sport aktiv zu betätigen: «Ob dafür aber ausgerechnet die wichtige Zeit der beruflichen Ausbildung und des Berufsschulunterrichts angeknabbert werden muss, das ist allerdings mehr als nur zweifelhaft.» Nach Auffassung des GIP gibt es in der Schweiz genug Turnvereine, «die ganz gerne noch junge Leute in ihre Reihen aufnehmen und die am Feierabend nicht schlechter turnen, als die Lehrlinge das während des obligatorischen Berufsschulunterrichts tun würden».

### CH: Kein Ausländerstopp an den Hochschulen

Von einem Ausländerstopp an den Hochschulen könne nicht gesprochen werden, stellt der Bundesrat fest, der zwar mit einer Verordnung vom 9. Juli 1974 über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer auch die Hochschulen den Begrenzungsmaßnahmen unterstellt hat. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit des internationalen Austausches im Bereiche von Lehre und Forschung müsse daran festgehalten werden, dass auch die Hochschulen in einem vertretbaren Rahmen ihren Beitrag zur Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung zu leisten haben. «Trotz der Unterstellung hat der Bundesrat jedoch keineswegs die Absicht, die Funktionsfähigkeit der schweizerischen Hochschulen und somit die nötige Weltoffenheit unserer akademischen Lehranstalten zu beeinträchtigen.» Die sinnvolle Interpretation der geltenden Bestimmungen garantiere – wie der Bundesrat in der schriftlichen Antwort auf eine Interpellation von Nationalrat Willy Sauser (lib./ev., Zürich) festhält – diese weltoffene Fortsetzung der Lehrtätigkeit der Universitäten unseres Landes.

### CH: Ein Bildungsrat?

An einer Studientagung der Ausbildungsleiter der schweizerischen Maschinenindustrie in Leysin

forderte Prof. Dr. Eugen Egger, Sekretär der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz und Direktor des Informationszentrums über Bildungsfragen in Genf, die Überprüfung eines Gesamtkonzepts auf dem Schulgebiet. Seiner Ansicht nach stellen sich derart viele Probleme in der Bildungspolitik, dass die Schaffung eines schweizerischen Bildungsrates nützliche Dienste leisten könnte.

### CH: Förderung der Jugend-Kultur

Bei der Kulturförderung muss in Zukunft noch vermehrt darauf geachtet werden, dass auch spezifische jugendliche Formen der kulturellen Betätigung eine Unterstützung erfahren. Diese Auffassung vertritt Bundesrat Hürlimann in einem Interview mit der Jugendzeitschrift «team». Die Kommission für Fragen einer schweizerischen Kulturpolitik (Kommission Clottu) widme diesem Aspekt in ihrem auf den Frühling 1975 zu erwartenden Bericht besondere Aufmerksamkeit. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, so der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, dass die Jugend schon bisher von der staatlich geförderten Kultur profitiert habe.

### ZH: Volksinitiative «Für kleinere Schulklassen»

Ein am 22. Januar gegründetes Initiativkomitee «Gewerkschaft Erziehung» hat beschlossen, eine kantonale Volksinitiative «Für kleinere Schulklassen» zu lancieren. Hauptforderungen der Initiative sind die Ersetzung der bis anhin geltenden Regelung der Klassengrössen mit Hilfe von Richtzahlen durch die Einführung von Höchstzahlen und Senkung der Klassenbestände der einzelnen Schularten (25 Schüler für Primar-, Sekundar- und Kantonsschulen, 20 für Real- und Oberschulen und Kindergärten und 14 für Sonderklassen).

An einer Pressekonferenz ist die «Gewerkschaft Erziehung» (GE) näher vorgestellt worden. Die GE kämpfe vor allem gegen «die klassenmässigen, geschlechtsspezifischen, regionalen und nationalen Diskriminierungen im gegenwärtigen Bildungssystem» und wolle durch ihre Tätigkeit einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft leisten.

### BE: Studenten gegen Relegationen

Die Studentenschaft der Universität Bern hat sich an einer Generalversammlung gegen die «herrschenden politischen Zustände» an der Uni aus-

gesprochen. Die 500 anwesenden Studenten beschlossen insbesondere, die laufende Petition des Vorstandes, bisher von etwa 700 Personen unterzeichnet, später in einem Demonstrationzug direkt der Erziehungsdirektion zu überbringen. Die Bittschrift richtet sich gegen die erfolgten Relegationen und tritt für die Einstellung aller Disziplinarverfahren ein. An der Versammlung wurde in zahlreichen Voten auch die geplante neue Immatrikulationsverordnung angefochten.

#### **LU: Zusatzbericht zur Luzerner Hochschule**

Die zur Vorbereitung der Gesetzesvorlage über die Gründung einer Zentralschweizer Hochschule eingesetzte Kommission des Grossen Rates trat am 31. Januar 1975 unter dem Präsidium von Ing. agr. Josef Egli, Sursee, zusammen. Sie beriet im Beisein von Erziehungsdirektor Dr. Walter Gut und Finanzdirektor Dr. Carl Mugglin das weitere Vorgehen für die parlamentarische Behandlung des Geschäftes.

Seit der ersten Lesung des Hochschulgründungsgesetzes am 22. Oktober des vergangenen Jahres hat sich die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung verstärkt. Im gleichen Zeitraum verschlechterte sich die finanzielle Lage des Bundes und unseres Kantons wesentlich. Der bedeutende Einnahmefall, bewirkt durch die Verwerfung der eidgenössischen Finanzvorlage vom 8. Dezember, zwang zu einer Revision des bereits beschlossenen Bundesbudgets für das laufende Jahr. Die Folge ist eine massive Verschlechterung unseres kantonalen Voranschlags. Zusätzlich ist es unsicher geworden, wann und in welchem Ausmass die Bundesbeiträge an die kantonalen Hochschulen erhöht werden. Damit fehlt eine wesentliche Grundlage für den Entscheid in der Hochschulfrage.

Die Hochschulkommission des Grossen Rates beschloss auf Vorschlag von Regierungsrat Gut einstimmig, den Regierungsrat um Bericht und Stellungnahme zur veränderten Situation, zur weiteren Behandlung der Vorlage und zur Fortführung der Planung zu ersuchen. Dieser Bericht soll bis Anfang März vorliegen, damit der Grosse Rat in seiner März-Session aufgrund der Kommissionsanträge Entscheide in der Hochschulfrage treffen kann.

#### **NW: Mittelschulplanung in entscheidender Phase**

Seit November 1972 ist eine elfgliedrige Kommission mit der Mittelschulplanung beauftragt. Ein erster Antrag dieser Kommission lautete auf Erwerb der Liegenschaft Winkelried in Stans, dem die Landsgemeinde 1974 zustimmte. Bereits auf die diesjährige Landsgemeinde wollte man weitere Anträge einbringen. Doch die Planung hat sich verzögert. Inzwischen schieden fünf Kommissionsmitglieder aus der aktiven Politik aus,

und der Landrat beschloss nun, die Kommission mit acht weiteren Mitgliedern zu ergänzen. Der Landsgemeinde 1976 sollen dann weitere Beschlüsse in bezug auf Mittelschule vorgelegt werden. Die Kommission hat demnächst noch einzelne Fachfragen, insbesondere jene der Typenwahl, zu klären. Nachdem das Kollegium St. Fidelis immer mehr in Platznot kommt, da die Klassen doppelt geführt werden sollen, drängt die Situation zu baldigen Entscheidungen.

#### **TG: Thurgauer Unterrichtsgesetz**

Der thurgauische Regierungsrat hat Entwürfe zu einem neuen Unterrichtsgesetz zu Händen des Grossen Rates veröffentlicht. Diese beinhalten unter anderem ein Rahmengesetz für das Unterrichtswesen, ein Gesetz über die untere und mittlere Stufe der Volksschule (Primarschulgesetz) und ein Gesetz zur Umbenennung der Abschlussklassenschule in Realschule. Die vorgesehenen Gesetze machen auch eine Anpassung der Kantonsverfassung notwendig. Sie sollen das bisherige Unterrichtsgesetz, das nahezu 100 Jahre alt ist und in der Zwischenzeit mit zahlreichen Novellen und Zusätzen zu andern Schulkörpern versehen worden ist, ersetzen.

Als wichtigste Neuerungen sind in den Entwürfen überdies vorgesehen die Verpflichtung der Schulgemeinden zur Führung von Kindergärten, die begriffliche Verankerung der Sonderklassen und -schulen sowie die Einführung von neun obligatorischen Schuljahren im Sinne einer minimalen Schulpflicht. Ausserdem sollen die Primarlehrer nicht mehr durch das Volk, sondern durch den Regierungsrat gewählt werden. Die neue Gesetzgebung in dieser Form würde für den Kanton jährliche Mehraufwendungen von ungefähr fünf Millionen Franken bringen.

#### **AG: Lehrermangel bald behoben?**

Auch im Aargau werde der Lehrermangel an den Primar- und Realschulen voraussichtlich bald behoben sein, hat der Aargauische Lehrerverein (ALV) in einer Stellungnahme erklärt. Man rechne sogar mit einem kleinen Überfluss an Lehrkräften vom Frühjahr 1976 an. Prekär sei die Situation hingegen immer noch bei den Sekundar- und Hilfsschulen, wo vorschriftsgemäss ausgebildete Lehrkräfte nach wie vor fehlen. Auch an den Bezirks-, Arbeits- und Hauswirtschaftsschulen werde die Nachfrage nicht gedeckt; dagegen zeige sich ein Überangebot an Kindergärtnerinnen, wo eine starke Zuwanderung aus anderen Kantonen, insbesondere aus Bern und Baselland, festzustellen sei.

Im Frühjahr 1975 verlassen 333 junge Lehrkräfte die kantonalen aargauischen Seminarier. Damit könne man wahrscheinlich «zu einigermaßen normalen Verhältnissen zurückkehren und die vie-

len nicht regulär besetzten Lehrstellen abbauen», erklärt das Sekretariat des ALV. Bereits seien für die Lehrerschaft die «raueren Zeiten» spürbar: Einzelne junge Lehrkräfte würden nicht immer zur definitiven Wahl vorgeschlagen, «dies nicht vorwiegend aus pädagogisch-methodischen Gründen, sondern weil sie das, was man unter Pflichterfüllung versteht, allzu grosszügig auffassen und sich weder an die Unterrichtszeit noch an den Unterrichtsbeginn halten».

#### **AG: Unbefriedigende Lehrmittel**

Weil kein befriedigendes Lehrmittel für den Ma-

thematikunterricht im Aargau zur Verfügung steht, hat der aargauische Erziehungsrat die Behebung der diesbezüglich aufgetretenen Schwierigkeiten mit Hilfe eines umfassenden Lehrerhandbuches gefordert. Der Regierungsrat hat nunmehr zwei Reallehrer beurlaubt und beauftragt, ein entsprechendes Handbuch auszuarbeiten.

Seit 1971 richtet sich der Mathematikunterricht in den Oberstufenklassen der Aargauer Volksschule nach den Lehrmitteln der Autoren Lambacher und Schweizer aus einem deutschen Verlag. Die beiden Unterrichtswerke begegneten seit je an der Primarschule (Realschule) und an der Sekundarschule einer zum Teil massiven Kritik.

## **«Bildung und Wirtschaft»**

Ein Angebot des Vereins «Jugend und Wirtschaft» an die Abonnenten der «schweizer schule».

### **Vorwort**

Auch Träumer haben es, unsanft erwachend, endlich gemerkt: Volkswirtschaft geht uns alle an. Sie ist eine Wirklichkeit, die uns bedrängt und ängstigt, wenn wir uns nicht mit ihr auseinandersetzen. Praktischen Übungen in Volkswirtschaft kann heute niemand ausweichen. Ich erwähne hier nur die Bekämpfung der Teuerung und die Überwindung der Energiekrise.

Die Folgen unserer Lösungsversuche dieser beiden Probleme werden wir selbst zu tragen haben. Wir sind deshalb alle sehr daran interessiert, dass unsere Entscheidungen in kluger Voraussicht fallen. Der gute Wille nützt indes wenig, wenn wir uns aus Mangel an Sachkenntnis irren.

Wir alle müssen, jeder an seinem Platz und in vielfältiger Art, die Verantwortung für das Gesamtwohl erkennen. Ein weiterer Wohlstandszuwachs ist heute durch die Verknappung der Energie in Frage gestellt. Nicht nur unsere Wirtschaft, sondern die Wirtschaft ganz Westeuropas geht gewaltigen Umstrukturierungen entgegen. Sollen diese Umstrukturierungen in Ruhe vonstatten gehen, brauchen wir das Verständnis aller. Wir leben in einem Teil der Welt, wo zwar ein allgemein hohes Niveau der Beschäftigung und des Einkommens besteht. Umstrukturierungen

aus verschiedensten Gründen zwingen uns aber zur Beweglichkeit, zur lebenslangen Fortbildung und Umschulung. Dies ist der Preis, den wir für den zunehmenden Wohlstand zahlen müssen. Der einzelne konnte dem bäuerlichen Schicksal der «Wetterabhängigkeit» – ich meine dies in einem übertragenen Sinn – nicht entfliehen.

Ich komme zurück auf die oben erwähnten praktischen Übungen. Eine wirtschaftliche Klimaverschlechterung hat Europa heimgesucht. Das Öl wurde knapp. Wir haben unsere Haushalte, unsere Industrie und unseren Verkehr auf Ölverbrauch eingerichtet, weil es praktisch und billig war. Nun haben wir plötzlich zu wenig Öl – und Experten sagen, wir würden von nun an nie mehr Öl im Überfluss haben. Was dies aber praktisch bedeute, schrieb kürzlich ein deutsches Wochenmagazin, wisse heute noch niemand. Und doch wissen wir es generell: Die billigsten Lösungen sind oft auf lange Sicht nicht die billigsten. Die Abhängigkeit unserer Energieversorgung von Quellen, über die wir politisch wenig Einfluss auszuüben vermögen, war ein riskantes Spiel – und wir werden für das eingegangene Risiko den Preis zahlen müssen. Erdöl sollte man zudem als wertvollen chemischen Rohstoff, nicht als Brennmaterial betrachten.

«Wirtschaften» hat seinen alten Sinn zurück- erhalten. Wir müssen wieder klug und sparsam umgehen mit allen vorhandenen Mitteln. Nicht nur mit Energie, sondern schlechthin